

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

24. Feber 1954

126/J

Anfrage

der Abg. Dr. Tončić, Dr. Wirthal, Krippner, Guth und  
 Haunschmidt  
 an die österreichische Bundesregierung,  
 betreffend die Tätigkeit ausländischer Restitutionskommissionen in  
 Österreich.

-.-.-

Pressemeldungen der letzten Zeit ist zu entnehmen, dass sogenannte Restitutionskommissionen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht in industriellen und gewerblichen Betrieben der sowjetischen Besatzungszone schnüffeln. Diese Kommissionen fordern Maschinen und Materialien, die von den österreichischen Firmen regulär in den vorerwähnten Staaten bestellt und auch bezahlt wurden. Darüber hinaus sollen diese Kommissionen angeblich auch noch aus österreichischen Steuermitteln bezahlt werden.

Nach Berechnungen verschiedener Fachleute verlor Österreich auf diesem Wege in den letzten Jahren bereits Maschinen und Materialien im Wert von mehreren Milliarden Schilling.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

Anfrage:

- 1.) Entsprechen die vorzitierten Pressemeldungen den Tatsachen?
- 2.) Ist die Bundesregierung bereit, alle notwendigen Schritte zum Schutze der österreichischen Wirtschaft vor solchen Restitutionskommissionen zu ergreifen?
- 3.) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem Treiben dieser Kommissionen ein Ende zu setzen?

-.-.-